

partei Deutschlands, am 8. August 1963, wurde in Moskau der Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser unterzeichnet. Während die Deutsche Demokratische Republik zu den ersten Staaten gehörte, die dieses wichtige Vertragswerk unterschrieben, setzte die Bonner Regierung erst unter dem Druck der Weltöffentlichkeit ihre Unterschrift unter das Dokument. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik bemühte sich auch in der Folgezeit hartnäckig, alle Verpflichtungen zu umgehen, die ihr den Weg zur atomaren Aufrüstung oder Mitverfügung über Kernwaffen sperren könnten.

Angesichts der großen Gefahr, die jede Form des Kernwaffenbesitzes oder der Mitverfügung Westdeutschlands über Kernwaffen für den Frieden heraufbeschwören würde, tat die DDR auch in den vergangenen vier Jahren alles, um diese Bedrohung abzuwenden. Sie unterbreitete neue Vorschläge zur Entspannung in Europa und zwischen beiden deutschen Staaten. Mehrfach wurde der bereits vom VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterbreitete Vorschlag wiederholt, beide deutsche Staaten sollten ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens schließen. Die Regierung der DDR forderte die Bonner Regierung zu konkreten Vereinbarungen über einen Rüstungsstopp beziehungsweise die Begrenzung der Rüstungen auf. Mit Briefen vom 6. Januar und 26. Mai 1964 schlug der Vorsitzende des Staatsrates der DDR dem damaligen westdeutschen Kanzler Erhard den Abschluß eines Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik über einen umfassenden Kernwaffenverzicht vor und übermittelte einen entsprechenden Vertragsentwurf. Dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß in Genf bekundete die Regierung der DDR in mehreren Erklärungen ihre Bereitschaft, sofort über einen Verzicht beider deutscher Staaten auf den Erwerb und die Anwendung von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie zu verhandeln. Die Regierung erklärte sich gleichzeitig zu Verhandlungen über einen Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten und den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik zu einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa bereit.

In seiner großen Rede auf der Freundschaftskundgebung im Moskauer Kreml am 12. Juni 1964 entwickelte der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Genosse Walter Ulbricht, das zusammengefaßte Friedensprogramm der DDR, die Deutsche Friedensdoktrin. Genosse Ulbricht legte den Standpunkt der DDR dar, daß die Anerkennung der bestehenden Grenzen der beiden deutschen Staaten für die Sicherheit in Europa unerläßlich ist. Er